

Sparanreize schaffen statt Neiddebatten befeuern!

Im Gesundheitswesen zeichnet sich für den Wahlkampf bereits eine Neiddebatte ab. Statt der reinen Umverteilung der Kosten ist eine Identifikation der Schwachstellen des aktuellen Systems und die Reduktion von Kosten gefragt. Ansätze der Stiftung Zukunft.li erinnern stark an VU-Politik.

Die Gesundheitskosten in der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sind von 2004 bis 2022 um 62 Prozent gestiegen. Dass das Bestreben der Freien Liste hin zu einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie keinen Franken bei den Kosten einspart, ist eine Tatsache. Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen, war noch nie nachhaltig erfolgreich. Das Schröpfen von Besserverdienenden – von denen es bei uns im Land zum Glück (noch) einige gibt und die übrigens dem Staat den Grossteil der staatlichen Einkünfte bescherten – gehört zur linken Ideologie. Diese wird am Ende aber immer den Solidaritätsgedanken überstrapazieren und mit Methoden der Planwirtschaft wird man jeweils kolossal scheitern: damals, heute, immer!

Ein zweiter Blick ist nötig

Die Prämien der Krankenkassen steigen in der Schweiz und in Liechtenstein – fast ungebremst, dürfte man meinen. Und alle paar Jahre gibt es Vorstösse zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien. Diese hat man aus guten Gründen nie eingeführt. Denn Lösungen gegen die Kostenexplosion sind nicht bei den Prämien (oder deren Verbilligung) zu suchen, sondern in den Fehlanreizen im System. Doch gerade auch die Freie Liste hat dabei geholfen, diese Analyse zu verhindern. Die VU wollte mit einer Motion den Gesellschaftsminister auffordern, das Gesundheitswesen zum Wohle der Prämienzahler ordentlich zu durchleuchten. Die FL, die FBP und die DpL würgten die Motion ab. Die KVG-Reform von 2016 brachte zwar eine kurzfristige Prämienbremse durch Umverteilung der Kosten auf die Kranken. Nachhaltige Wirkung? Fehlzanzeige!

Drittzahlersysteme funktionieren nicht auf Dauer

Solange alle im ganzen System für den Konsum von Gesundheitsdienstleistungen vorbehaltlos belohnt werden, wird sich bei den Kosten nichts ändern. Durch das Krankenkassenobligatorium, den Staatsbeitrag und den Arbeitgeberbeitrag haben alle Spieler im System die Sicherheit, dass Dritte bei den Kosten mitbezahlen – so werden Gesundheitsdienstleistungen stark subventioniert. Mit der Initiative zu erwerbsabhängigen Prämien werden die Kosten auch nur verlagert und weiter ungebremst ansteigen. Gerade der Mittelstand dürfte dabei den verhältnismässig höchsten Preis bezahlen. Die schwachen Einkommen werden durch die Prämienverbilligung entlastet. Hier könnte man durchaus noch einmal nachschärfen.

In der Schweiz beginnt nun das Undenkbare: Da gibt es tatsächlich Leute, die das aktuelle Gesundheitssystem und vor allem dessen



Die steigenden Gesundheitskosten bereiten vielen Familien Kopfzerbrechen.

Foto: iStock

langfristige Finanzierbarkeit infrage stellen. Wenn wir weiterhin im aktuellen System, das mit dem Krankenkassenobligatorium gut 30 Jahre alt ist, Pflasterlipolitik betreiben, wird sich nichts nachhaltig zum Besseren wenden. Lange wird es sich nicht mehr ausgehen mit den Versprechen der Populistinnen und Populisten von rechts und links. Dann wird das System an die Wand gefahren und das Ganze wird für viel mehr Menschen nicht mehr bezahlbar, als es heute der Fall ist. Die Zahlen der Caritas sprechen dabei Bände. Pierre Bessard und Olivier Kessler legen in ihrem Buch «Zu teuer! Warum wir für unser Gesundheitswesen zu viel bezahlen» die Fehlanreize im aktuellen System eindrücklich dar. Am Beispiel von Singapur zeigen sie auf, wie sich ein qualitativ hochwertiges Gesundheits- und Sozialsystem nachhaltiger finanzieren liesse. Es wäre für die weitere Debatte hilfreich, sich grundlegende Gedanken über die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens zu machen. Mit diesem Bestreben ist die VU aber augenscheinlich allein. Das zeigt eindeutig, dass offensichtlich der Leidensdruck doch nicht so hoch ist, wie vielerorts immer wieder zu hören ist.

Einfach, aber einfach falsch

So sind am Ende die Diskussionen rund um höhere Staatsbeiträge und erwerbsabhängige Prämien nichts anderes als Neiddebatten: Man ist nicht bereit, das System und dessen Fehlanreize zu durchleuchten, sondern möchte einfach die Kosten

möglichst allen anderen aufbürden. Oder wie es einst Norbert Blüm sagte: «Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.»

Wir besitzen gute Instrumente, um untere Einkommen zu entlasten. Diese müssen besser genutzt

Wie es einst Norbert Blüm sagte: «Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.»

werden. Aber wir brauchen auch positive Sparanreize im Gesundheitswesen, damit uns die Kosten – und damit das ganze System – nicht um die Ohren fliegen. Darum

wäre es angezeigt, nicht immer nur kurz vor Wahlen dort über den Zaun zu gehen, wo er am niedrigsten ist. Der bequemste Weg ist nämlich nicht immer der richtige. Besonders dann nicht, wenn es um das Ein- und Auskommen unserer Kinder und unserer Kindeskinde geht.

Wertvolle Erkenntnisse der Stiftung Zukunft.li

Und wenn man schon nicht bereit ist, das aktuelle System als Ganzes grundlegend zu hinterfragen, dann sollte man zumindest jene Reformen angehen, die im aktuellen System möglich wären. Die Stiftung Zukunft.li hat nun die Arbeit gemacht, welche die Regierung im Namen der Versicherten so dringend schon lange hätte machen müssen. Zukunft.li schlägt in der jüngsten Studie beispielsweise Managed-Care-Modelle vor. Diese Lösungen erinnern übrigens stark an das Hausarztmodell, das von der VU um die Jahrtausendwende eingeführt, aber von der FBP-Alleinregierung ohne Not und Bewährungsfrist gleich wieder abgeschafft wurde.

Der zuständige Minister scheint sich also – wie in den meisten seiner Agenden – ohnehin lieber in der Strategie des Aussitzens zu üben, anstatt Lösungen vorantreiben zu wollen. Dabei ist er sich wohl nicht bewusst, dass das Sprichwort «Wer nichts macht, macht auch nichts falsch» in diesem Zusammenhang nicht stimmt. Ein Blick auf die Kostenexplosion zeigt das eindrücklich. ■

Michael Winkler



Michael Winkler
Generalsekretär

Kommentar

Zwischen 15 und 20 Jahre zu spät

Jetzt haben wir endlich eine belastbare Angabe, wie lange es dauert, bis die FBP versteht, dass die Ideen der VU eigentlich doch nicht so schlecht sind: Es sind in der Regel 15 bis 20 Jahre. Beispiel gefällig? Im Juni-Landtag brachte die Bürgerpartei ein Postulat, das eine Bedarfsanalyse für eine Bildungsreform forderte, die im Wesentlichen die Kriterien von SPES II erfüllt. Wäre vor 15 Jahren der FBP-Widerstand nicht gewesen, wäre unser Bildungssystem heute wesentlich fitter. Es brauchte nun eine Studie der Stiftung Zukunft.li, um die Schwarzen zu einem Postulat zu bewegen, das sehr schnell kam – kein Wunder, brauchten die Bürgerparteilern den wesentlichen Inhalt der Studie ja bloss abzuschreiben.

Eine weitere Studie der Stiftung Zukunft.li ergründet mögliche Optimierungen im Gesundheitswesen. Hier bricht der Think-Tank eine Lanze für Managed-Care-Modelle, die das System deutlich entlasten könnten. Managed-Care-Modelle? Etwas Neues? Nein! Auch das kurz um die Jahrtausendwende von der VU-Regierung eingeführte Hausarztmodell wäre ein ebensolches Modell. Und raten Sie einmal, wer nach nicht einmal einem Jahr dieses Hausarztmodell beerdigt hat? Richtig, die FBP-Alleinregierung! Das ist jetzt sogar schon etwas länger her: gute 20 Jahre. Aber vielleicht kommt die Bürgerpartei jetzt auch auf den Geschmack, wenn diese Ansätze nicht von der VU kommen, sondern von einer freiheitlichen Stiftung.

Der Ansatz unseres Gesundheitsministeriums, alles der Schweiz anzugleichen, kann eine Strategie sein. Dass das Schweizer Gesundheitswesen aber reformiert gehört, ist täglich zu hören und zu lesen. Sonst müssten sich die Leute ja nicht bei jeder Abstimmung mit einer Gesundheitsinitiative nach der anderen herumschlagen. Das ist auch bloss so, weil die Schweizer Gesundheitspolitik planlos unterwegs ist. Noch schlimmer als diese Planlosigkeit ist aber, dass unser Gesundheitsminister bereit ist, diese Fehler lemminghaft einfach zu übernehmen. Es ist Zeit, nach vorne zu schauen und griffige Massnahmen zu finden, damit wir noch lange von hoher Qualität profitieren können. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union,
ParteiSekretariat, Wilhelm Beck Haus,
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li,
Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union